

"Die Zukunft unserer Demokratie entscheidet sich nicht bei uns allein."

Bundeskanzler Olaf Scholz eröffnete am 17. Juni die Sommertagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing. Sein Vortrag zu den Herausforderungen und Perspektiven der Demokratie stand unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine und seines Besuchs in Kiew am Tag zuvor. Auch im weiteren Verlauf blieb der Krieg als Thema dauerhaft präsent. Ist auch unsere Demokratie bedroht oder zumindest gefährdet? Und wie lässt sie sich stärken?

„Unsere Demokratie ist nicht in Gefahr, aber es gibt Gefährdungen.“ Mit dieser Einschätzung steckte Bundestagspräsident a.D., **Dr. Wolfgang Thierse** gleich zu Beginn der Sommertagung des Politischen Clubs das thematische Feld des Tagungswochenendes vom 17. bis 19. Juni an der Evangelischen Akademie Tutzing ab, das in Kooperation mit der Theodor Heuss Stiftung stattfand und von der Bundeszentrale für Politische Bildung gefördert wurde.

In Umfragen sagen 28 Prozent der Deutschen, sie lebten in einer Scheindemokratie – eine der Zahlen, die immer wieder fiel bei der Tagung, die den Titel "Zukunft unserer Demokratie" trug. Die andere: Auf der Welt sind derzeit von 137 untersuchten Ländern erstmals die Autokratien in der Mehrheit. Nur 67 Ländern haben eine Demokratie, 70 gelten als autokratisch.

Wie essenziell die Sorge um die Demokratie ist, verdeutlichte Tagungsleiter Thierse gleich zu Beginn und erinnerte an den 17. Juni vor 69 Jahren – den Tag des Arbeiteraufstands in der DDR. „Uns hilft keiner“ – das seien die Worte des Vaters von Wolfgang Thierse an diesem Tag im Jahr 1953 gewesen. Thierse zitiert sie und kommt damit direkt zum ersten Gast der Tagung: Bundeskanzler **Olaf Scholz**.

Von Kiew nach Tutzing

Der deutsche Bundeskanzler hatte noch am Tag zuvor gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und dem italienischen Ministerpräsident Mario Draghi in Kiew den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij getroffen. Sein erster öffentlicher Auftritt nach diesem Besuch galt der Evangelischen Akademie Tutzing. Der Titel seines Vortrags lautete: „Demokratie und Zeitenwende – neue Herausforderungen, neue Perspektiven“. Darin – und im anschließenden Gespräch mit Wolfgang Thierse und dem Tagungspublikum kam er auf seine Eindrücke aus der Ukraine zu sprechen, auf das Grauen des Krieges, das tiefe Spuren in dem Land und in seinen Menschen hinterlässt. „Ein Ende des Krieges zeichnet sich nicht ab“, sagte Scholz. Der Krieg werde mit einer Brutalität geführt, bei der man sich frage, wozu sie führen solle. „Hier geht es um Macht und Größe, was wir überwunden gehofft hatten.“

„Einen Diktatfrieden werden wir nicht akzeptieren“, stellte Scholz die Haltung Deutschlands und seiner Partner klar. Niemand solle für die Ukraine entscheiden außer das Land selbst. Man habe der Ukraine nochmal Mut gemacht, dass sie eine Perspektive in Europa hat, sagte Scholz und betonte, die Ukraine könne auf Geld und Artillerie aus Deutschland als Hilfen zählen.

Dass die Welt seit Beginn des Krieges in der Ukraine nicht mehr dieselbe ist, da ist sich Scholz sicher. Gerade für Deutschland, das Land, das in den vergangenen Jahrzehnten „zu einem Sehnsuchtsort geworden ist“, stehe viel auf dem Spiel.

Die Voraussetzungen für eine gute Zukunft ergeben sich nicht von selbst, ist Scholz überzeugt. Dafür sei ein Diskurs über die Zukunft wichtig, politische Institutionen müssten gestärkt werden, der Anstieg der Wahlbeteiligung und das Vitalisieren demokratischer Parteien sei notwendig. „Immense Transformationsaufgaben liegen vor uns“, sagte Olaf Scholz und ging auf einige Gründe dafür ein: Klimawandel, Globalisierung und demografischer Wandel. Dabei stünden Veränderungen immer für Interessenskonflikte, in denen Kompromissbereitschaft, Kooperation und Pragmatismus besonders erforderlich sind.

Olaf Scholz ist der Meinung „Die Zukunft unserer Demokratie entscheidet sich nicht bei uns allein.“ Die Zusammenarbeit mit ähnlichen und gleichgesinnten Partnern ist notwendig, um die globalen Herausforderungen bewältigen zu können. Hierbei bezieht sich der Bundeskanzler besonders auf Schwellenländer im globalen Süden, die in den kommenden Jahren sowohl wirtschaftlich als auch demographisch stärker ins Gewicht fallen werden und somit mehr politisches Mitspracherecht fordern. Ziel ist also eine intensive Zusammenarbeit mit Ländern des globalen Südens zu pflegen, um künftige Probleme in Partnerschaft zu lösen. Vor dem Aufstieg der Länder des globalen Südens müssten sich die Länder des Westens nicht bedroht sehen.

Scholz ist sich sicher, die globalen Herausforderungen sind nur gemeinsam zu lösen. Nur Demokratien werden in der Lage sein Antworten und Lösungen zu finden. Der Demokratie gehört die Zukunft und man muss bereit sein für diese zu kämpfen.

Plädoyer für Multilateralität

„Jede Demokratie ist ein Unikat“, sagte Scholz, „und nicht jede Demokratie funktioniert reibungslos“. Aber Länder, die sich auf die Grundlage der Demokratie stellten, eröffneten Spielräume für Oppositionelle, die auf Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit verweisen könnten. In Demokratien könnten die Machthaber auch nicht auf Dauer über die Wünsche der Menschen hinweggehen, zeigte sich Scholz optimistisch.

Er habe bewusst zum Gipfeltreffen G7 in Elmau vom 26. bis 28. Juni auch die Vertreter von Indien, Indonesien, Südafrika, Senegal oder Argentinien eingeladen, so der Bundeskanzler. Mit diesen Staaten müsse der Westen viel intensiver zusammenarbeiten als bisher. Mit den Worten „Wir sind nicht allein auf dieser Welt“, rief er zu solidarischem Handeln auf. Viele Länder hätten Angst vor den hohen Energiepreisen und Hungerkrisen. Deren Perspektiven müssten auch akzeptiert werden.

Aktueller denn je: das „Böckenförde-Diktum“

Neben dem Bundeskanzler sprachen zwei weitere oberste Vertreter von deutschen Verfassungsorganen: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts **Prof. Dr. Stephan Harbarth** und die Präsidentin des Deutschen Bundestags, **Bärbel Bas**.

Stephan Harbarth wurde der Veranstaltung online zugeschaltet. Er entfaltet unter dem Titel „Rechtsstaat in bester Verfassung?“ die Rolle des Grundgesetzes für die Demokratie. Und die Herausforderungen zu skizzieren, zitierte er eingangs das „Böckenförde-Diktum“: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von den Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Der Satz sei heute, in Zeiten der Krise, vielleicht aktueller denn je zuvor, meinte Harbarth – auch, wenn er schon vor 55 Jahren und unter dem Eindruck der Weimarer Republik verfasst wurde.

Der Staat wird von Bürgern, die die staatliche Gemeinschaft empfinden und pflegen, getragen, nicht nur von staatlichen Institutionen. Neues Denken der Demokratie ist erforderlich. Laut einer Umfrage herrscht in immer mehr Ländern wenig Zufriedenheit mit dem derzeitigen Zustand der Demokratie. Vor allem das Internet und die sozialen Medien haben Einfluss auf diese Entwicklung. Die Hemmschwelle sinkt im Internet deutlich und vieles wird sichtbar. Durch den Algorithmus werden alternative Informationen schnell verbreitet und es kommt zu einer Polarisierung. Dies verstärkt gesellschaftliche Fliehkräfte und führt zu sozialen sowie kulturellen Verfremdung. Harbarth fordert die Offenlegung der Mechanismen der Algorithmen.

Vor zu vielen Änderungen am Grundgesetz warnte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Er sei nicht überzeugt, dass die gut 60 Verfassungsänderungen der vergangenen 73 Jahre seit Bestehen des Grundgesetzes "an allen Stellen segensreich" waren. Sehr viele der Verfassungsänderungen bezögen sich auf das Verhältnis von Bund und Ländern und viele hätten mit finanziellen Dingen zu tun, sagte Harbarth. Ob eine Änderung der Verfassung tatsächlich zu einer Verbesserung der Verfassung führt, müsse im Vorfeld mit Sorgfalt abgewogen werden.

Im Grundgesetz steht das Individuum im Vordergrund, denn der Staat geht vom Individuum aus. Der Schutz vor Gewalt ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Das Sozialstaatsprinzip garantiert staatliche Fürsorge für benachteiligte Bürger*innen jeglicher Art, sodass diejenigen Personen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Verfassungsordnung soll dabei als Rahmen gelten, auf den man sich verständigen kann. Die Identifikation mit den allgemeinen Werten der Verfassung kann nicht verpflichtend sein, es muss aber eine allgemeine Akzeptanz dieser in der Bevölkerung geben. Harbarth spricht sich dafür aus, dass Gemeinsames wird durch Indifferenz zerstört, nicht Differenz. Abschließend wird klar, dass das Grundgesetz einen stabilen Rahmen bietet, um künftige Herausforderungen zu bewältigen.

Wichtig für das Funktionieren von Demokratie sei eine „Verfassungspädagogik“, die das Grundgesetz und seine Werte über den Schulunterricht hinaus vermittele und zivilgesellschaftliches Engagement aktiviere. Dazu sei der kultivierte Streit wichtig und ein Diskurs, der intellektuell und praktisch ausgehalten werden will. Die Evangelische Akademie Tutzing verkörpere und gewährleiste einen solchen Diskurs seit nunmehr 75 Jahren in „geradezu vorbildhafter Weise“ und schaffe damit ganz im Sinne des Böckenförde-Diktums „eben jene Voraussetzungen, die der freiheitlich, säkularisierte Staat selbst nicht garantieren kann“. Dies spende Zuversicht in schwieriger Zeit.

An die Rolle des Grundgesetzes für die Demokratie schloss das Gesprächspanel mit **Prof. Dr. Tine Stein**, Inhaberin des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen, und Bundesministerin a.D. **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** an. Letztere ist auch stellvertretende Vorsitzende der Theodor Heuss Stiftung. Die Runde war überschrieben mit dem Titel: „Die Stärke des Rechts ist die Stärke der Demokratie“. Tine Stein erläuterte, warum Demokratie auf Recht angewiesen ist – und umgekehrt: Auch das Recht sei auf Demokratie angewiesen. Die Ereignisse in den USA etwa, als Trump Anhänger im Jahr 2021 das US-Capitol stürmten, um den Kongressbeschluss zum Wahlsieg Joe Bidens zu verhindern, habe gezeigt: Das System von „checks and balances“ sei kein Automatismus. Es brauche ebenso eine „verfassungsmäßige Moralität der Bürger“, die der Bürgerschaft Ethos und Haltung abverlange. Dieses Ethos müsse durch mehr Toleranz, Fairness und Respekt in der politischen Auseinandersetzung bestärkt werden. Außerdem sprach sich Stein für mehr Pflichtbewusstsein aus, um dem „Amt des Bürgers“ gerecht zu werden. Denn der Staat geht schließlich von ihnen aus. Eine Wahlpflicht oder Dienstpflicht – wie etwa zu einem Wehrdienst oder sozialen Dienst – könne auch Orte der sozialen Integration schaffen.

Der Zugang zu politischen Ämtern muss für alle Bürger*innen garantiert werden, so Stein. Fairness und Chancengleichheit wird durch das Grundrecht gewährleistet und freie Mitbestimmung von öffentlichen Angelegenheiten für die gesamte Bevölkerung ist möglich. Die Demokratie kann nicht ohne einen fairen politischen Streit existieren. Denn erst im Streitgespräch bildet sich die Verfassungsidentität aus. Wie schon in vorausgegangen Vorträgen ersichtlich wurde, haben sozialen Medien Einfluss auf Demokratie. Hass und Hetze verselbstständigen sich in den Medien, weshalb auch Stein für einen transparenten Algorithmus plädiert, denn man sieht nur das was die eigene Meinung bestätigt. Außerdem schlägt Prof. Dr. Tine Stein ein Demokratieförderungsgesetz vor. Jede*r Bürger*in soll sich den rechtlichen Pflichten und der Rolle die er/sie in der Demokratie zu erfüllen hat, bewusst sein. Es ist besonders wichtig, dass Platz für Diskussion ist. Der/Die Bürger*in ist das Wichtigste Amt der Demokratie.

„Recht ist was Freiheit ist.“ – so eröffnet Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ihren Teil des Panels. Dabei muss die Rechtsprechung dem Rechtsempfinden entsprechen. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger warnte davor, dass die Gesetzgebung nicht zu einer Symbolpolitik verkommen dürfe. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie – vor allem im ersten Jahr – forderte sie eine Aufarbeitung der politischen Prozesse. Für sie sei deutlich geworden: Auch in Krisensituationen müsse das Parlament regieren, durch Gesetzgebungen und nicht durch Verordnungen.

Meinungsfreiheit bedarf Diskurs und Kompromiss. Dies wird durch die sozialen Medien gefährdet, zum Beispiel durch Falsch-Informationen, um eine bestimmte politische Meinung zu befördern. Da die Hemmschwelle im Internet geringer ist als im realen Leben, sind Gegner schnell Hetze ausgesetzt. Auch Leutheusser-Schnarrenberger fordert mehr Transparenz und eine diskursive Auseinandersetzung.

Die Empfehlung beider Referierender in Bezug auf die sozialen Medien ist, dass der/die Bürger*in mündig wird, das Phänomen der sozialen Medien und des Algorithmus zu verstehen. Das kann zum Beispiel durch die Einführung eines Unterrichtsfaches zum Thema erfolgen. Dabei ist auch der richtige Umgang mit Inhalten wichtig. Außerdem lässt sich ein

Abbruch einer gemeinsamen Öffentlichkeit beobachten. Vor allem junge Menschen fragen die öffentlich-rechtlichen Sender wie ZDF und ARD nicht nach, sondern beziehen ihre Informationen aus Instagram, Twitter und Co.

Bürger- oder Zukunftsräte für mehr Demokratie?

Als dritte Repräsentantin eines der Verfassungsorgane sprach Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** am Nachmittag des 18. Juni über „Neue Wege zu einem stärkeren und bürgernäheren Parlamentarismus“. „Die Demokratie vitalisieren!“ stand über ihrem Vortrag.

Bas sieht die Demokratien dieser Welt „gefordert“. Es werde "langfristige Konzepte, schmerzhaft Anpassungen und grenzüberschreitenden Wandel" brauchen, damit die Demokratien die globalen Herausforderungen bestehen kann. Zweifel ist dabei nicht unbedingt etwas Schlechtes, sondern die Möglichkeit zur Äußerung von Kritik. Demokratie meint einen sozialen Ausgleich, Mitbestimmung für jede*n Einzelne*n und den Schutz der Menschenrechte. Zentral sei dabei, die Menschen von einer Politik zu überzeugen, die über die aktuelle Krise hinausdenkt und ihnen deutlich macht, dass sie Zumutungen auf sich nehmen müssten. "Daran entscheidet sich, ob unsere Zivilisation bestehen kann. Um nicht weniger geht es", so Bas. Die Bundestagspräsidentin bezeichnet die Demokratie als ein robustes System, das aber vitaler werden muss. Besorgniserregend ist jedoch die globale Schwächephase der Demokratie, die wir gerade erleben. Schon Willi Brandt war der Meinung, man muss mehr Demokratie wagen, denn Demokratien sind das, was Demokraten daraus machen. Das System der Demokratie muss Leistung gegenüber den autoritären Systemen beweisen. Der Kampf um die Demokratie in der Ukraine ist auch unser Kampf und erfordert ein Umdenken in der Sicherheitspolitik.

In ihrer Rede machte sich die Bundestagspräsidentin für Bürgerräte stark. Sie könnten helfen, "strukturelle Verkrustungen des politischen Betriebs aufzubrechen" und könnten der Demokratie zu besseren Entscheidungen verhelfen. "Indem sie auch jene Menschen einbeziehen, die sonst wenig Berührungspunkte mit dem politischen System haben", könnten sie parlamentarische Beratungen auf eine breite Grundlage stellen. Bas räumt ein, dass sich eher besser gebildete und einkommensstärkere oder gut integrierte Bürgerinnen und Bürger an solchen Räten beteiligen würden. Daher müssten Wege gefunden werden, mehr Menschen die Teilhabe zu ermöglichen.

Das Thema der Bürgerräte und der direkten Beteiligung von Nicht-Politiker:innen in die Politik war eines der großen Themen der Tagung. **Prof. Dr. Michael Zürn**, Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin kritisiert einerseits, dass die Parlamente Bildungsparlamente geworden seien, die ein Drittel der Bevölkerung nicht mehr repräsentierten. Auf der anderen Seite gäbe es jedoch noch ein viel größeres Problem: Die Parlamente hätten ihre Entscheidungsmacht an Zentralbanken, Verfassungsgerichte, Experten oder internationale Institutionen verloren. Das führe zu einem Bedeutungsverlust der Stimme "des kleinen Bürgers oder der kleinen Bürgerin in der kleinen Wahlkabine". Der Wähler selbst habe den Eindruck, nicht mehr gehört zu werden. Zürn spricht sich dafür aus, neue Formen der Beteiligung auszuprobieren.

In Ländern, wo autoritäre Populisten an der Macht sind, wird die Demokratie untergraben. Autoritärer Populismus ist Teil einer neuen Konfliktlinie, wie Zürn es beschreibt. Diese Linie ergibt sich durch die Globalisierung und die damit einhergehende Vernetzung. Die neue Konfliktlinie bedeutet eine Ungleichheit im Westen und die Entfremdung der Bevölkerung von demokratischen Institutionen.

„Die Macht des Arguments“

Warum das so ist, erklärte der Politikwissenschaftler **Prof. Dr. Claus Leggewie**. Er ist Inhaber der Ludwig Börne-Professur und Leiter des „Panel on Planetary Thinking“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen. In seinem Impuls zum Panel „Mehr Bürgerbeteiligung?!“ rief er zu "mehr Courage für die Demokratie" auf. Leggewie führt mit dem Bild einer „schmelzenden Eisscholle“ ein, auf der wir uns befinden. Global gesehen gibt es einen Rückgang voller Demokratien und der Klimawandel gibt uns nicht mehr viel Zeit zu handeln. Er plädiert für mehr Demokratie durch mehr Beteiligung und die attraktivere Gestaltung der Volkparteien. Demokratie besteht für die Bürger*innen aber nicht daraus wählen zu gehen, sondern auch weitere Tätigkeiten im Sinne der Stärkung der Demokratie aufzunehmen. Sein Konzept der Beteiligung heißt "Zukunftsräte": moderierte und auch finanziell ausgestattete Gremien, die durch Losverfahren junge, sozial schwache oder Menschen mit Migrationserfahrung einbeziehen. Wir befinden uns derzeit in einer Repräsentationskrise, der durch das Losverfahren gegengewirkt werden könnte. Diese Zukunftsräte tauschen sich dann zum Beispiel zu Themen wie Atommüllendlager oder Stromtrassen aus. So können mehr Menschen in den Beratungsprozess integriert werden und der Wert der Empfehlung hätte einen größeren Stellenwert.

Unter der Moderation von Tagungsleiter Wolfgang Thierse diskutierte Leggewie mit **Prof. Dr. Gesine Schwan**, Politikwissenschaftlerin, Mitgründerin, Gesellschafterin und Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform sowie Vorsitzende des Kuratoriums der Theodor Heuss Stiftung – dem Kooperationspartner der Tutzingener Tagung. Auch sie teilt sie Ansicht, dass das Verhältnis von Bürger*innen und Repräsentation verbessert werden muss. Es ist wichtig den Mittelschnitt der Bevölkerung bei Entscheidungen mit einzubeziehen. Sie sieht die Aufgabe von Bürger- oder Zukunftsräten darin, über das Gemeinwohl zu debattieren. "Gemeinwohl fällt nicht vom Himmel", sagte Schwan. Ihr Konzept der Bürgerbeteiligung sieht bei umstrittenen Projekten vor, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalverwaltung ebenso einzubeziehen wie Wirtschaftsvertreter, Bürgerräte und gewählte Gemeinderäte. Somit können rechtliche Bedenken schon Beratungsprozess zu erkannt werden. Schwan ist der Auffassung, das Losverfahren lasse keine „Minigesellschaft“ entstehen. Der Überrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen muss entgegengewirkt werden und eine bessere Repräsentation von Minoritäten muss gewährleistet werden. Eine gute Repräsentation ist unbedingt notwendig, denn nur mehr für die eigene Gruppe sprechen zu können und nicht für die ganze Gesellschaft, würde das Ende der Demokratie bedeuten, so Schwan.

Worin sich sowohl Leggewie und Schwan einig waren: Bürgerräte sind weder Opposition zu den gewählten Parlamentariern, noch ihr Ersatz. Schwan: "Letztlich zählt die Macht des Arguments".

Am Abend des 18. Juni boten **Prof. Dr. Herfried Münkler** und **Ralf Fücks** ein intensives Streitgespräch zur Frage „Wofür steht ‚Der Westen‘ und was wird aus ihm?“ Das Gespräch zwischen dem Direktor des Zentrum Liberale Moderne in Berlin und Leiter der Heinrich Böll – Stiftung Fücks und dem Professor emeritus für Theorie der Politik an der Berliner Humboldt-Universität Münkler wurde moderiert von **Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss**, dem Vorsitzenden der Theodor Heuss Stiftung. Dem Gespräch war eine Berichterstattung in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vorausgegangen. Herfried Münkler hatte gegenüber der NZZ gesagt: "Die Ukraine wird unter die Räder kommen, wie auch immer die Sache ausgeht" (<https://www.nzz.ch/international/muenkler-im-ukraine-krieg-hat-der-westen-unterschiedliche-ziele-ld.1683932>) – und damit heftige Reaktionen auf Twitter ausgelöst, unter anderem von Ralf Fücks, der Münkler vorwarf, „mit dem teilnahmslosen Blick eines Ameisenforschers“ auf den Ukraine-Krieg zu schauen und „internationale Politik auf einen Mechanismus von Macht und Interessen ohne normative Dimension“ zu reduzieren. Münkler findet, bei einer Einigung auf Neutralität mit Sicherheitsgarantie hätte der Krieg aber vermieden werden können. Als Mitglied der Europäischen Union sieht er die Ukraine vorerst nicht – eine Perspektive, die Bundeskanzler Scholz am Tag vor Tagungsbeginn in Tutzing, bei seinem Besuch in Kiew, mit Draghi und Macron eröffnet hatte. Für Ralf Fücks war am Abend des Tagungssamstags klar: „Der Westen ist mehr als ein geopolitisches Projekt.“, sondern auch ein historisch gewachsener Raum. Als Merkmale des Westens nennt er unter anderem die Gewaltenteilung, freie Wahl und Rede, Bürgerrechte und soziale Teilhabe, aber auch den Prozess der Inklusion und die Verkleinerung der Kluft zwischen Anspruch und Realität. Obwohl gerade ein Rückgang von Demokratien zu beachten ist, ist sich Fücks sicher der Prozess der Demokratisierung geht weiter. Der Rückgang liegt an inneren Krisen, denen schrumpfendes Vertrauen in die Regierung und kulturelle Polarisierung folgen, aber auch an der zu großen Selbstsicherheit des Westens. Ein weiterer Aspekt ist die Zunahme von autoritären Mächten, wie beispielsweise Russland.

Münkler hingegen spricht vom Westen „als semantische Aufladung der Himmelsrichtungen.“ Mit diesen Himmelsrichtungen ergeben sich Ansprüche und Vorurteile. Nach 1945 stand der „Westen für Freiheit und der Osten für Unfreiheit, jedenfalls aus westlicher Sicht gesehen.“ Wie er weiter erklärte. Die Teilung Deutschlands führte zu einer Neuorientierung im geographischen und semantischen bedeutsamen Sinn. Zwischen Osten und Westen gibt es aber auch Differenzen politischer, kultureller und sozioökonomischer Art.

„Mehr Druck von den Straßen“

Die Tagung schloss mit einem verstärkten Blick in die Zukunft – unter ökologischer Perspektive. Die beiden Klimaaktivistinnen **Merit Willemer** und **Anja Paolucci**, Sprecherin von Fridays for Future Bayern, diskutierten mit dem Publizisten **Roger de Weck** auf der Bühne zur Frage „Demokratie oder Klimaschutz?“. Moderiert wurde das Gespräch von **Prof. Dr. Rupprecht Podszun**, Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Direktor des Instituts für Kartellrecht sowie stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Theodor Heuss Stiftung. Merit Willemer ist überzeugt: „Klimaschutz braucht Demokratie und anders herum“. Es ist wichtig in Demokratie zu investieren, denn (Klima-) Katastrophen schaden der Demokratie. Gemeinsam mit ihrer Mitstreiterin forderte sie „mehr Druck von den Straßen“, mehr politische Teilhabe sowie Klimabildung an Schulen. Sie kritisierte den Lobbyismus der Wirtschaft, der die Demokratie untergrabe. *Anja Paolucci kündigte mit Blick*

auf den anstehenden G7-Gipfel an: „Wir werden keine Steine werfen“. Aber es sei wichtig, inhaltlich radikal zu denken – so wie sich auch der Klimawandel radikalisiere.

Roger de Weck stimmte beiden zu: Politik müsse immer wieder „radikal weitergedacht“ werden. Trotzdem hängt nicht alles von politischen Systemen ab, sondern auch daran, dass der Mensch langsam denkt – und noch langsamer umdenkt. Zugleich haben wir heute aber viel weniger Zeit die richtigen Schritte in Richtung Klimaschutz zu gehen. Es gibt nur noch ein bestimmtes Budget an Emissionen, die ausgestoßen werden dürfen, bevor die 1,5 Grad Marke überschritten ist. Es braucht vernünftige Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft. Den Energieverbrauch zu drosseln hätte der Bundesrepublik im Ukraine Konflikt Ärger erspart, so de Weck. Er plädiert für den Abbau des Steuerwettbewerbs, um den Handlungsspielraum der Demokratie zu erweitern. Außerdem wäre eine Verstärkung einzelner direkt demokratischer Elemente und die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre sinnvoll. So bekäme die Bevölkerung mehr Ausdrucksmöglichkeiten. Eine von Roger de Wecks Visionen ist die Einführung eines Gerichtshofs für die Natur oder die Einführung einer Umweltkammer. So könnte jede Entscheidung für die Umwelt abgewägt werden. Auch die beiden Klimaaktivistinnen sehen den Schritt zu mehr Demokratie als notwendig an.

Sorgen äußerte er über die Zukunft des Journalismus und die zunehmende Einflussnahme von großen Unternehmen auf die Medien, denen die Rolle der „vierten Gewalt“ in Demokratien zugeschrieben wird.

Dorothea Grass (unter Verwendung von Material des Evangelischen Pressedienstes)